

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. (Einzelpreis 70 Heller. Abonnementsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, Telefon 6705, nachts 6707. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48—Kč, halbjährlich 96—Kč, jährlich 192—Kč. Für Deutschland 16—Mk. Postpartafantasie 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Washington, Briand und wir.

Die Galavorstellung, die Herr Briand den Amerikanern gegeben hat, ist vorbei. Am Mittwoch verabschiedete er sich vom Präsidenten Harding und von der Abrüstungskommission und durfte von deren Vorsitzenden Hughes die schöne Versicherung auf die Reise mitnehmen: „Was auch immer die Konferenz noch unternehmen wird, nichts wird ein größeres Interesse hervorrufen, als die Sitzung, in welcher Briand die Delegierten von der tatsächlichen Lage Frankreichs vollkommen in Kenntnis setzte. Sämtliche Delegierten sind vom Pazifismus Frankreichs überzeugt, welches ausschließlich und in gerechter Weise auf die Garantie seiner Sicherheit bedacht ist. Frankreich hat keine moralische Isolierung zu befürchten, denn es besitzt Freunde, welche nicht vergessen werden, daß es für die Sache der Freiheit gekämpft und gelitten hat. Die Bande, welche Frankreich mit den Vereinigten Staaten verknüpfen, sind fester als je.“

Die Worte klingen begeistert freundschaftlich und sehr, sehr liebenswürdig, aber etwas politisch Greifbares steckt in ihnen nicht, wie sorgfältig man sie auch nach allen Seiten wenden mag. Amerika empfindet Briand eben als angenehme, hochinteressante Sensation, die Frauen weinten über sein herzbelegendes Pathos, die Männer winkten ihm mit den Taschentüchern und jetzt wenden sich die Pantheen wieder den Fragen zu, die sie derzeit mehr beschäftigen: China, Sibirien, dem stillen Ozean und der japanischen Konkurrenz. Wenn Briand solchen Beifall fand, so hatte er das dem Gesandten zu verdanken, mit welchem er auf die amerikanische Sentimentalität spezialisierte. Die Erinnerung an die gemeinsamen Kämpfe rührte, die Beteuerung von Deutschlands unverminderter Kampfbereitschaft kam jahrelang wiederholten Gedankengängen klug entgegen und das Schredgespenst vom russischen Bolschewismus erregte ein wohlgesigtes Grinsen. Sachliche Nachprüfung der Behauptungen aber verlohnte sich den Amerikanern nicht, weil sie mit der festen Absicht zur Konferenz gegangen waren, die europäischen bis zur Vereinigung der östlichen Probleme links liegen zu lassen.

So billig also, im Grunde genommen, der Erfolg Briands eigentlich erworben wurde, so teuer kann er Europa zu stehen kommen. Die wohlwollende, zutiefst uninteressierte Leichtgläubigkeit, mit welcher man in Washington die These von einem jeden Augenblick bis an die Zähne bewaffneten Deutschland anhörte, verweigert auf dem europäischen Festland den Zustand des bewaffneten Friedens, eröffnet hier eine Ära unerträglicher Beitrüßungen und leitet in allen Ländern das Wasser auf die Mühlen der Rationalisten. Denn der Grenzschutz, welchen das angeblich „bedrohte“ Frankreich einrichtet, ruft auch die anderen Mächte unseres Erdteiles prompt auf den Plan. Die englische Presse nimmt Briands Gründe und Folgerungen mit süßsaurer Freundlichkeit, sie und da mit Gereiztheit auf, Italien entwickelt ein alles eher denn mäßiges Rüstungsprogramm zu Wasser und zu Lande, die Polen versichern, daß weder in Washington noch in Warschau an eine Einschränkung ihres Heeres gedacht werde, und auch unsere tschechischen Militaristen fühlen sich wieder einmal oben auf.

Und sie dürfen es auch! Die Gefahr war ja doch nicht völlig ausgeschlossen, daß die Vertreter des Großkapitals in Washington ein Stüdchen weiter als bis morgen sehen, daß sie nicht nur nach neuen, noch wenig ausgebeuteten Absatzgebieten Ausschau halten, sondern sich auch gegen Welthandel und Weltindustrie könnten ohne ein zur Friedensarbeit vorge-

### Auflösung monarchistischer Organisationen. Ueber Auftrag der Entente.

Berlin, 24. November. (Wolff.) Die Reichsregierung hat heute eine Bekanntmachung erlassen, wonach auf Grund § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 die Organisationen Hofbach, Hubertus, Kulod, Schwebred und Oberland in Verfolg des Ultimatus der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 für aufgelöst erklärt werden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 50.000 Mark oder mit Festungshaft bestraft werden. Amtlich wird hierzu erklärt: Die Reichsregierung hat die Auflösung der Organisationen Hofbach, Hubertus, Kulod, Schwebred und Oberland ausgesprochen. Die Auflösung war

von der Interalliierten Kontrollkommission wiederholt und insbesondere durch die Noten vom 9. und 28. September und 12. November 1921 nachdrücklich verlangt worden. Es steht fest, daß die Verbände, wenn sie auch zum Teile gleichzeitig wirtschaftliche Zwecke verfolgen, militärisch gegliedert sind und daß ihre Vorgesetzten nach militärischen Vorschriften geregelt sind. Die Verbände erstrecken sich über einen großen Teil des Reiches. Die Reichsregierung war auf Grund des von ihr angenommenen Ultimatus verpflichtet, die Auflösung auszusprechen. Die Auflösung trifft auch alle an Stelle der aufgelösten Organisationen gebildeten Verbände, die sich als deren Fortsetzung darstellen.

### Die Berliner Betriebsräte gegen den Generalstreik.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Von kommunistischer Seite war der Versuch unternommen worden, unter dem Deckmantel der Einheitspartei des Proletariats eine Generalstreikaktion hervorzurufen. Gestern nachmittags tagte eine Versammlung von Berliner Betriebsräten, die zwar einem gemeinsamen Vorgehen zustimmte, es aber ablehnte, jetzt die Parole zum Generalstreik anzugeben. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Einberufung eines deutschen Betriebsrätenkongresses nach Berlin verlangte. Diese soll eine Amnestie für politische Gefangene zu erreichen suchen und die Abwägung der Steuerlasten auf die Schultern der Besitzenden (Sachwertersatzung), Sicherstellung der Volksernährung durch Erleichterung der Lebensmittel und der Verteilung durch die Organisation der Gewerkschaft und Betriebsräte verlangen. Genosse Rosenfeld und Hanke hatten vorher erklärt, daß die U. S. P. D. jede gemeinsame Aktion der Arbeiter

unterstützen werde, ein gemeinsamer Streik könne aber ohne Gewerkschaften nicht angeregt werden. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die S. P. D. waren nicht erschienen.

### Berlin vor dem Streik in den städtischen Betrieben.

Berlin, 24. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). In den städtischen Betrieben wurde heute eine Abstimmung unter den Angestellten über die Annahme oder Ablehnung der Zugeständnisse des Magistrats vorgenommen. Das endgültige Ergebnis ist noch nicht bekannt. Doch ist eine starke Mehrheit für den Streik zu erwarten. Die Organisationen werden noch endgültig Stellung nehmen. Wenn nicht noch in letzter Stunde neue Verhandlungen ein besseres Ergebnis bringen, so werden schon in den nächsten Tagen alle städtischen Betriebe und auch die Straßenbahn zum Stillstand kommen.

### Eine Frage an Dr. Benesch.

Wien, 24. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Der „Pester Lloyd“ schrieb in seiner Dienstagnummer, daß Benesch bei der Zusammenkunft mit Banffy in Brünn die Berechtigung der ungarischen Forderungen und die Gerechtigkeit des ungarischen Auftretens in der westungarischen Frage restlos anerkannt hat. Später sei Benesch noch weiter

gegangen, indem er seine Vermittlung anbot, Ledenburg ohne Volksabstimmung an Ungarn abzutreten. Wenn Benesch jetzt erkläre, daß die westungarische Politik zum Königsputz beigetragen habe, so sei er mitschuldig. — Die „Arbeiter-Zeitung“ druckt das Zitad ab und richtet die Frage an Benesch, ob die Darstellung des „Pester Lloyd“ den Tatsachen entspreche.

schrittenes Europa nicht existieren. In diesem Falle aber hätte Herr Briand vergeblich seine Warnungs- und Angstrufe ausstoßen dürfen, man hätte den reizenden Wolf aus dem Schafpelz herausgelöst und ein wirksames Mittel gefunden, Frankreich vor den Helfern und Genossen zu schützen: die gerechte, den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden deutschen Volkes Rechnung tragende Ueberprüfung der Friedensbedingungen. Diese Gefahr ist zum Glück für alle Militaristen vorübergegangen. Washington hat, mit chinesischen Sorgen beschäftigt, zu den phantastischen Schreckbildern Briands Ja und Amen gesagt. Wer darf da noch zweifeln, daß Deutschland ein wildes Tier ist? Die tschechischen Politiker jedenfalls nicht. „Gas“ und „Pravo Lidu“, „Cech“ und „Ceskoslovenska Republika“ beten das Lied von der deutschen Gefahr frohbeherzt nach und verteidigen mit ihm die zu neuen Konflikten drängende Bündnispolitik der Tschechoslowakei, und Leo Borsky in der „Narodni Politika“ orakelt sogar: „Wir wissen nicht, ob die große Rede Briands plakatiert werden wird, aber wir behaupten,

daß diese Rede zur allgemeinen Belehrung in allen Städten und Dörfern aller Staaten, die an Deutschland grenzen, plakatiert und gelesen werden sollte und daß sie insbesondere auch in die Herzen aller Tschechoslowaken eingeschrieben werden sollte.“ Der Mann hat recht. Ist doch diese Rede eine wohl ausgeleitete Bibel des Hasses und der Zwietracht, baut sie doch unüberwindliche Scheidewände auf, wo der Fortschritt der Menschheit Verbindungsbrücken schlagen sollte. Befestigt sie doch, wovon Politiker vom Schlage des Herrn Borsky leben: das Mißtrauen zwischen den Tschechen und den in „ihrem“ Staate „angesiedelten“ Nationen, das Mißtrauen zwischen „ihrer“ Republik und dem großen Nachbar. Nun darf man wieder hoffenden Herzen der Entwicklung, welche Tschechoslowakei und Deutschland zueinanderzwingt, entgegenarbeiten, darf man mit einem einigen, mit einem streitgerissenen Europa rechnen. Hosianah! Nicht nur Briand, auch Kramarsch und Masaryk hatten in Washington ihren großen Tag.

### Die Krise im Bergbau.

Die am Montag beim Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag stattgefundenen Verhandlungen der drei koalitierten Bergarbeiterverbände mit den Bergwerksbesitzern Straus haben keine Lösung der Krise gebracht. Zunächst erklärten die Vertreter der Bergwerksbesitzer, daß sie kein Mandat zu Verhandlungen hätten und nur zu Informationszwecken erschienen seien. Sie meinten, daß die Direktorenkonferenz auf der Vereinbarung vom 29. Oktober d. J. beharre, was eine Lächerlichkeit ist, weil die Bergwerksbesitzer und die Bergarbeitervertreter die Vereinbarung vom 29. Oktober verschieden auslegen. Die Unternehmer behaupten, es sei im November eine 10prozentige Herabsetzung der Gehälter vereinbart worden, bzw. nur unter dieser Voraussetzung bleiben die Löhne der Akkord- und Regearbeiter unverändert, während sie im anderen Falle sinken.

Im Gegensatz dazu befindet sich die Auffassung der Bergarbeitervertreter, welche behaupten, von einer Gehälterherabsetzung bzw. eventueller Kürzung der Löhne sei nichts vereinbart worden. Es sei bloß wegen der Steigerung der Produktion im November um 10 Prozent und im Dezember um 10 Prozent verhandelt worden. Bei der Verhandlung am 21. November, unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Tucek, konnte auch aus dem offiziellen Verhandlungsprotokoll eine solche Vereinbarung, wie sie die Unternehmer im Ostrau ausgelegt haben, nicht festgestellt werden, ja der Minister selbst, der bei der Verhandlung am 29. Oktober anwesend war, konnte sich an eine solche Vereinbarung nicht erinnern. Nach alledem scheinen nun die Unternehmer nach einem vorher festgelegten Plan sich auf den Lohnabbau eingerichtet zu haben. Sie erklären jetzt heuchlerisch, daß die Lohnreduktion nicht ihnen zuzurechnen komme, da sie gleichzeitig beim Ministerium die Herabsetzung der Kohlenpreise um ca. 4 K und der Kokspreise um ca. 7 K beantragt hätten.

Die Verhandlung wurde daher am 21. November verlegt, um am 24. November in Prag fortgesetzt zu werden. Die Unternehmervertreter wurden vom Arbeitsminister aufgefordert, sich inzwischen neue Vollmachten erteilen zu lassen. Ueber die Frage, wie sich die Unternehmerorganisation zu dem Vorschlag der Reichskonferenz, einen einheitlichen Lohnvertrag für die ganze Republik abzuschließen, stelle, wird der Unternehmerverband am Samstag Antwort erteilen.

Der Konflikt in den übrigen Revieren hat sich einigermaßen gemildert, die Bergwerksbesitzer Nordwestböhmens haben den Verbänden mitgeteilt, daß sie die Anschaffungsbeiträge auch für den Monat Dezember in der bisherigen Höhe ausbezahlen. Auch im Falkenauer Reviere besteht Hoffnung, daß der gekündigte Lohnvertrag unverändert verlängert wird. Neue Schwierigkeiten sind allerdings wieder aufgetaucht, da die Pantrazzege in Rürschau den Lohnvertrag gekündigt hat.

Nach wie vor ist daher das Schwergewicht der Krise in Ostrau zu suchen. In einer Eingabe an die Regierung haben die Ostrauer Unternehmer auf die schwierigen Absatz- und Erzeugungsverhältnisse des Ostrauer Revieres verwiesen. Nach ihrer Ansicht habe die Krise folgende Ursachen: in den valutariischen Verhältnissen, in der qualitativen und quantitativen Unbefriedigenden Arbeitsleistung und auch der übermäßigen Verkürzung der Arbeitszeit, welche besonders in der sechsständigen Samstagsschicht zum Ausdruck kommt, in den zu hohen Löhnen, in der Kohlenabgabe, in mannigfachen Behinderungen des freien Kohlenabfahes. Von ihren ganzen Forderungen zur Beseitigung der Krise bleibt nach ihrem alten gewohnten Rezept nur eines

Abg. Bergman (tschech. Nat.-Dem.) schlägt vor, die Abgaben des Bodennamtes dem Landwirtschafts-Ministerium zu überweisen und statt des Reichswirtschaftsrates neue Organisationen zu schaffen, die den geplanten Konsumtentenammern ähnlich sein sollen.

Abg. Mikulskij betont, daß die Landwirtschaft nur durch die Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter repräsentiert wird. Diese Grundlage ist im Budget unberücksichtigt geblieben. Die Bodenreform fördert den wirtschaftlichen Starben noch mehr. Das Landvolk kann nirgendwo sein Recht geltend machen, die landwirtschaftlichen Arbeiter werden wie Feibeigene behandelt. In der Slowakei ist dem Volk sogar das Votum der Wähler verweigert.

Abg. Tomanel (Slowake, Christl.) beklagt es, daß den Bauern kein Boden gegeben wird.

Abg. Andel (tschech. Soc.-redp.), einer der temperamentvollsten Kontrarber, wendet sich gegen die ungerechte Steuerverteilung. Er bekämpft die Art, in der die Beschwerden der Slowaken von den Mehrheitsparteien abgetan werden. Die Gewerbetreibenden sind in jeder Hinsicht vernachlässigt. Der Redner fordert die Durchführung einer sozialen Versicherung für die Gewerbetreibenden. Die Handels- und Gewerbetreibenden bedarf eines demokratischen Wahlprinzips.

Der Vertreter der deutschen Christlichen, Abg. Schälzky beschäftigte sich mit dem Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge und insbesondere mit der Notlage der Kriegswitwen, die das Budget in unerhörter Weise vergrößert. Wir haben an den Ausführungen Schälzky nichts auszuheben, nur wirkt es etwas sonderbar, wenn sich heute so gerade ein Mitglied jener Klasse einsetzt, die seinerzeit die Werdwaffen geklopft hat.

Zie hoffen zunächst dabei ihre 16.000 Waggons lagernden Kohls zu hohen Preisen zu verkaufen und die ganze zukünftige Kohlenwirtschaft ausschließlich auf Kosten der Lebenshaltung der Bergarbeiter für sie ertragreicher zu machen.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz wurden auf den in Mähr.-Ost- und Dux stattgefundenen Konferenzen der Betriebsratsmänner einhellig bestätigt, in diesen Beschlüssen kommt der ruhige, aber feste Wille der Bergarbeiter zum Ausdruck, daß die Sanierung der Krise am Kohlenmarkt auf keinen Fall auf

Kosten ihrer Lebenshaltung erfolgen kann. Sie haben ihre Bereitwilligkeit, mit allen Mitteln an einer Produktionssteigerung mitzuwirken, ausgesprochen, in einer Zeit der zunehmenden Teuerung kann kein rechtlich denkender Mensch von ihnen verlangen, daß sie in eine Herabsetzung der Löhne einwilligen. Die Kohlensteuer kommt nahezu den Lohnkosten gleich, die Eisenbahntarife sind ebenfalls den Lohnkosten gleich, daran etwas zu ändern, sei angeblich undiskutabel, die Lohnkosten sind sowohl im Steinkohlen- wie im Braunkohlenbergbau an dem Verkaufswert gemessen, prozentual heute niedriger als in der Vorkriegszeit, wer wird sich wundern dürfen, wenn die Bergarbeiter ebenfalls antworten: Lohnreduktion undiskutabel!

Zu der für den 24. November vom Arbeitsministerien anberaumten Verhandlung haben sich die Unternehmer, trotz zweimaliger Aufforderung, nicht eingefunden. Sie ließen mitteilen, daß sie es absehen direkt mit den Verbänden zu verhandeln, sie wünschen die Verhandlungen bloß in Mähr.-Ost- und Dux abzuhalten. Die Vertreter der Bergarbeiter von Ost- und Dux lehnen solche Verhandlungen ab. Die zweite Reichskonferenz der Bergarbeiter, welche jedenfalls entscheiden wird, ist für Montag den 28. nach Prag einberufen.

Abg. Bergman (tschech. Nat.-Dem.) schlägt vor, die Abgaben des Bodennamtes dem Landwirtschafts-Ministerium zu überweisen und statt des Reichswirtschaftsrates neue Organisationen zu schaffen, die den geplanten Konsumtentenammern ähnlich sein sollen.

Abg. Mikulskij betont, daß die Landwirtschaft nur durch die Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter repräsentiert wird. Diese Grundlage ist im Budget unberücksichtigt geblieben. Die Bodenreform fördert den wirtschaftlichen Starben noch mehr. Das Landvolk kann nirgendwo sein Recht geltend machen, die landwirtschaftlichen Arbeiter werden wie Feibeigene behandelt. In der Slowakei ist dem Volk sogar das Votum der Wähler verweigert.

Abg. Tomanel (Slowake, Christl.) beklagt es, daß den Bauern kein Boden gegeben wird.

Abg. Andel (tschech. Soc.-redp.), einer der temperamentvollsten Kontrarber, wendet sich gegen die ungerechte Steuerverteilung. Er bekämpft die Art, in der die Beschwerden der Slowaken von den Mehrheitsparteien abgetan werden. Die Gewerbetreibenden sind in jeder Hinsicht vernachlässigt. Der Redner fordert die Durchführung einer sozialen Versicherung für die Gewerbetreibenden. Die Handels- und Gewerbetreibenden bedarf eines demokratischen Wahlprinzips.

Der Vertreter der deutschen Christlichen, Abg. Schälzky beschäftigte sich mit dem Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge und insbesondere mit der Notlage der Kriegswitwen, die das Budget in unerhörter Weise vergrößert. Wir haben an den Ausführungen Schälzky nichts auszuheben, nur wirkt es etwas sonderbar, wenn sich heute so gerade ein Mitglied jener Klasse einsetzt, die seinerzeit die Werdwaffen geklopft hat.

# Wirtschafts- und Sozialpolitik.

## Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses

hatte die Punkte „Wirtschaftliches“ und „Sozialpolitik“ auf ihrer Tagesordnung. Die Spezialkommission erstreckte sich auf die Kapitel: Gewerbe und Handel, Industrie, Post und Telegraphen, Eisenbahnen, Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten, soziale Fürsorge, Volksernährung, öffentliches Gesundheitswesen, Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft nach dem Krieg und Außenhandelsamt. Zehn Stunden lang wurde in gleich eintöniger Weise pro und kontra gesprochen, und nur bei wenigen Reden flammte das Interesse der Parteien ein wenig auf. Gespannt aber wurde die Stille auf Genosse Pohl der Irregulärer der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik beleuchtete und von der gefährlichen Krise sprach, in welche die unglückselige Sozialpolitik und die Regierung den Staat, die Industrie und die Arbeiterschaft gestürzt hat. Wir wollen hoffen, daß an Regierung und Mehrheitsparteien nicht wirkungslos vorbeigegangen ist, was ihnen da, zusammengebrängt in eine Rede von einer knappen Stunde gesagt wurde, wir wollen annehmen, daß diese Rede auch drin und wiederhall findet, nicht zuletzt bei jenen, die das arbeitende Volk in den Gruben herausfordern, auf nichts bedacht als auf die Stärkung ihrer Macht und die Füllung ihres Geldsäckels. Die Regierung wird zeigen müssen, ob sie bereit dem Unternehmertum wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.

Präsident Tomaschek eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten nachmittags. In der Spezialdebatte über das IV. Kapitel: „Wirtschaftliches und Sozialpolitik“ sprach als erster Redner Abg. Heller (Vd. d. Landw.), der sich beklagt, daß die Regierung nichts für die kleinen Landwirte tut. Diese werden sich energisch gegen jede weitere Getreideabgabe stellen. Die deutschen Kleinbauern werden als Staatsbürger zweiten Grades behandelt.

Abgeordnete Remin (tschech. Nat.-Soz.) protestiert gegen die Forderung der Müller, die Einfuhr des Getreides und Mehles zu erschweren. Sie wendet sich gegen das Handelsministerium, weil es nur Vertreter kapitalistischer Institutionen berief, als über die Zolltarife verhandelt wurde. Auch das Ernährungsministerium arbeitet nur im Interesse der Großgrundbesitzer. Die Wucherer arbeiten gegen die kleinen Leute, nicht aber gegen Bank und Großspekulant. Sie warnt die Regierung, das Mieterschutzgesetz aufzuheben und stellt fest, daß das vollständige landwirtschaftliche Schulwesen zurückdrängt und die landwirtschaftlichen Arbeiter durch den neuen Kollektivvertrag geschädigt werden. — Abg. Bedinger (Vd. d. Landw.) fordert einen Ausbau des Eisenbahnwesens im deutschen Gebiet. Er protestiert gegen die Ausnahmen von hohen Kreditoperationen seitens des Finanzministeriums. Er verlangt zuletzt eine rechtzeitige Revision der Friedensverträge.

Abg. Stavec (Slowake, tschech. Soz.-Dem.) legt der Regierung nahe, den unhaltbaren Zustand in der slowakischen Landwirtschaft ein größeres Augenmerk zuzuwenden. Er stellt sich entschieden gegen die einseitige Unterstützung, welche die Regierung für die Interessen der Agrarier betreibt. Eine Schattenseite der slowakischen Zustände ist die Altpensionisten-Frage.

Vor der Katastrophe in der Kohlenwirtschaft. Die schweren Gefahren vor denen der Staat anlässlich der Krise in der Kohlenwirtschaft

### Abgeordneter Pohl

in einstündiger, wirkungsvoller Rede besprochen. Nicht die Trennung der Staaten, sondern die katastrophale Kohlenpolitik der Tschechoslowakei ist schuld daran, daß die Kohlenzufuhr nach Deutschland und Österreich so sehr gesunken ist, daß uns der Abgang in diesen Ländern fast völlig zu schwinden droht. Nach Österreich wurde durchwegs schlechte Kohle und nur zu hohen Preisen geliefert. Dies hat sich Österreich nur so lange gefallen lassen, als es mußte. Daß es nun nicht mehr muß, dazu hat wiederum die Kohlenpolitik dieses Staates beigetragen. Wir haben den Abgang an Kohls fast vollkommen verloren. Die Wirkung dieser Politik ist, daß die Kohlenkarrieren in Ost- und Dux nur drei Tage in der Woche arbeiten, da sie ihr Material nicht abgeben können. Infolgedessen stehen wir

### im größten Kohlenmangel der Republik vor einer Katastrophe. Verhängnisvoll wurde ferner die Kohlensteuer.

Man hat uns seinerzeit bei den Beratungen darüber nicht um unsere Meinung gefragt. Vom Standpunkt der Finanzpolitik aus ist das ja eine sehr bequeme Steuer, die dem Staate sehr viel einträgt. Nun befinden wir uns aber in einem Zeitpunkt, in dem die Aufhebung der Kohlensteuer ein dringendes Bedürfnis ist. Viel an der Kohlenkrise ist auch

### die unglückselige Tarifpolitik

dieses Staates schuld. Wir besitzen die teuersten Preissätze für Kohle in ganz Mitteleuropa. Trotz aller unserer Versuche, diese Preise zu senken ist bisher an dieser Kohlensteuer und in der Tarifpolitik nichts geändert worden, diese Fragen sind für die Mehrheitsparteien einfach indiskutabel. Eine unheimliche Steuerpolitik richtet die Tschechoslowakei zu Grunde, die Mehrheitsparteien bringen die Ausgaben nicht mit den Einnahmen in Einklang, sie haben nicht den Mut zu einer wirklichen Besteuerung des Besitzes, sie treiben die furchtbar schädliche Politik der indirekten Steuern. Die schädlichste dieser Steuern ist die Kohlensteuer und es freut mich, feststellen zu können, daß nicht nur die Bergarbeiter und die Arbeiter überhaupt gegen diese Steuer Stellung nehmen, sondern daß auch die Bergwerksbesitzer Ost- und Dux in einem Memorandum vom Oktober d. J. in schärfster Weise sich gegen die Kohlensteuer zur Wehr setzen, weil sie sie für verderblich halten.

In diesem Staate, dessen Kohlenreichtum die Grundlage einer ausgezeichneten Wirtschaft bilden könnte, führt nunmehr die elende Kohlenbewirtschaftung zur Katastrophe. Wir haben weit über 7000 beschäftigungslose Bergarbeiter, weit mehr als die Hälfte aller Grubenarbeiter kurzfristig. Die Unternehmer sehen zwar die schädlichen Wirkungen der staatlichen Kohlenpolitik, aber sie haben ihre eigenen Methoden, mit denen sie dem Unheil abhelfen wollen. Daß die Kohlenproduktion gehoben werden muß, sehen wir ein und wir sind bereit, dabei mitzuhelfen. Aber der Konflikt, der sich jetzt in Ost- und Dux abspielt, geht darum, ob die Kohlenwirtschaft

### auf Kosten der Lebenshaltung der Bergarbeiter

gehoben werden soll. Die Bergwerksbesitzer wollen die Gelegenheiten benutzen, um die Löhne der Bergarbeiter zu verkürzen. Genosse Pohl beweist an Hand eines reichen Zahlenmaterials, daß es unmöglich ist, die Krise im Bergbau auf dem Wege der Herabsetzung der Lebenshaltung der Bergarbeiter zu sanieren. Aus dem angeführten Material geht hervor, daß im heutigen Jahre der Produktionsteil jedes Arbeiters in allen Revieren gestiegen und demzufolge die Lohnkosten gesunken sind. Die Mährisch-Ost- und Duxer Bergwerksbesitzer haben nun die

Lohnverträge gekündigt und eine 30prozentige Lohnverkleinerung angefordert. Das Ueberkommen, das in dieser Angelegenheit schließlich getroffen wurde, wurde von den Unternehmern bewußt irrtümlich angelegt und sie ordneten eine je 10prozentige Herabsetzung der Gehälter für November und Dezember an. Es muß festgestellt werden, daß sich seit dem heutigen Sommer ein langsames Sinken der Lebenshaltung der Bergarbeiter bemerkbar machte. Seitdem aber dem Wunsch der Agrarier Rechnung getragen und die Einfuhr von Lebensmitteln gestattet wurde, seitdem Vieh- und Fleischpreise gestiegen sind, seitdem durch den freien Handel und die freie Wirtschaft auch Mehl und Getreide mehr in die Höhe gingen, ist ein Sinken der Lebenshaltung aller arbeitenden Menschen dieses Staates zu verzeichnen, wie es größer in dem Bereiche während des Krieges und nach dem Kriege der Fall war. Seit Anfang August bis Ende Oktober sind die Kosten der Lebenshaltung um 15 Prozent gesunken. Und in diesem Augenblicke sollen die Löhne abgehaut werden! Ich muß feststellen, daß die Braunkohlenbergwerksbesitzer diesen Lohnabbau derzeit nicht für möglich halten, aber die Steinkohlengrubenbesitzer von Mähr.-Ost- und Dux haben sich es zur festen Idee gemacht, die Krise durch eine Herabsetzung der Löhne beizulegen. Bei der am 21. November stattgefundenen Verhandlung erklärten die Vertreter der Unternehmer, keine bestimmten Zielsetzungen zu haben. Heute sind sie zur Verhandlung mit dem Minister und mit den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen überhaupt nicht erschienen, sie haben der Einladung des Ministers keine Folge geleistet, sie lehnen es überhaupt ab, mit den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen zu verhandeln. Die Bergarbeiter ohne Unterschied der Organisation und der Nation haben alles getan, um die Krise beizulegen. Die Unternehmer sind es, welche bewußt die Arbeiter ignorieren, die Regierung und die Öffentlichkeit beklagen. Wie sich die Regierung dazu stellen wird, ist nicht unsere Sache.

### Die Bergarbeiter werden diese Herausforderung beantworten.

Der deutsche und der tschechische Kapitalismus haben sich bereits der tschechische Regierung zu zeigen. Die Herren Sonnenschein und Günther fühlen sich auch deshalb stark, weil sie der Regierung berechnete Vorteile über ihre elende Kohlenpolitik machen können. Es ist eine öffentliche Tatsache, daß die Unternehmer zum Streik treiben, vielleicht auch deshalb, um ihre riesigen Vorräte an Kohle und Holz zu guten Preisen an den Mann zu bringen. Von der Sozialisierung, die sowohl die Regierung zuzulassen, als auch die Regierung Ceram in ihr Programm aufgenommen haben, ist nichts zu sehen, statt dessen wollen die Unternehmer die alte Herrschaft über die Bergarbeiter und Konsumenten wieder ausrichten, wie sie sie in der Vorkriegszeit besaßen. Dieser Versuch der Unternehmer wird von den Bergarbeitern nicht ruhig hingenommen werden und auch die Konsumenten werden es sich nicht gefallen lassen, den Unternehmern ausgeliefert zu werden.

### Wenn die Regierung nicht den letzten Schein von Achtung nach außen hin verlieren will, so darf sie die Herausforderung der Ost- und Duxer Unternehmer nicht unbeachtet lassen.

Es wäre verfehlt anzunehmen, daß eine augenblickliche Beilegung des Ost- und Duxer Konflikts die gesamte Krise der Kohlenwirtschaft beseitigen könnte. Es müssen radikale Mittel angewendet werden, um die Gefahr aus der Welt zu schaffen und als diese Mittel empfehlen wir: Aufhebung der Kohlensteuer, Abschaffung der Kohlenzölle unter Berücksichtigung der Kohlenqualitäten und der territorialen Lage der einzelnen Reviere. Aenderung in der Tarifpolitik und eine Aenderung der Kohlenbewirtschaftung durch Schaffung von Kohlenzwangsdiskonten. Wir sind überzeugt, daß auch diese Mittel nicht restlos genügen, aber sie führen zu dem Wege, das Problem der Sozialisierung praktisch in Angriff zu nehmen. Ich weiß nicht, welche Beschlüsse die Bergarbeiter fassen, welche Antwort sie und eventuell die gesamte Arbeiterschaft auf die Provokation der Unternehmer geben werden. Aber der Staat und die gesetzgebende Körperschaft mögen überzeugt sein, daß für alle Folgen die Bergwerksbesitzer und die Regierung die Verantwortung tragen, da die Arbeitervertreter bis zum letzten Augenblick zu Verhandlungen bereit waren. Es ist unmöglich zu verlangen, daß die Lösung der Krise durch Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter gelöst oder gemildert werden kann.

Abg. Profupel (tschech. Agr.) wirft den höchsten amtlichen Stellen vor, daß ihnen die landwirtschaftlichen Fragen unbekannt bleiben. Die Produktion muß erhöht und verbessert werden, damit wir mit dem Ausland konkurrieren können. Der Redner verweist auf den Futtermangel, der im Frühjahr katastrophale Folgen zeitigen wird. Er beklagt sich über die drückenden landwirtschaftlichen Steuern und wünscht eine Liquidierung des Ernährungsministeriums.

Abg. Hubec (Mährisch-Ost-Gruppe) kritisiert die Zentralwirtschaft, die dem Staate ein Defizit und Einzelnen ein Vermögen eingebracht habe. Er weist auf verschiedene Fälle der Korruption dieses Staates auf. Die parlamentarische Ersparsungskommission wagt er eine „überflüssige parlamentarische Einrichtung“.

Abg. Bergman (tschech. Nat.-Dem.) schlägt vor, die Abgaben des Bodennamtes dem Landwirtschafts-Ministerium zu überweisen und statt des Reichswirtschaftsrates neue Organisationen zu schaffen, die den geplanten Konsumtentenammern ähnlich sein sollen.

Abg. Mikulskij betont, daß die Landwirtschaft nur durch die Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter repräsentiert wird. Diese Grundlage ist im Budget unberücksichtigt geblieben. Die Bodenreform fördert den wirtschaftlichen Starben noch mehr. Das Landvolk kann nirgendwo sein Recht geltend machen, die landwirtschaftlichen Arbeiter werden wie Feibeigene behandelt. In der Slowakei ist dem Volk sogar das Votum der Wähler verweigert.

Abg. Tomanel (Slowake, Christl.) beklagt es, daß den Bauern kein Boden gegeben wird.

Abg. Andel (tschech. Soc.-redp.), einer der temperamentvollsten Kontrarber, wendet sich gegen die ungerechte Steuerverteilung. Er bekämpft die Art, in der die Beschwerden der Slowaken von den Mehrheitsparteien abgetan werden. Die Gewerbetreibenden sind in jeder Hinsicht vernachlässigt. Der Redner fordert die Durchführung einer sozialen Versicherung für die Gewerbetreibenden. Die Handels- und Gewerbetreibenden bedarf eines demokratischen Wahlprinzips.

Der Vertreter der deutschen Christlichen, Abg. Schälzky beschäftigte sich mit dem Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge und insbesondere mit der Notlage der Kriegswitwen, die das Budget in unerhörter Weise vergrößert. Wir haben an den Ausführungen Schälzky nichts auszuheben, nur wirkt es etwas sonderbar, wenn sich heute so gerade ein Mitglied jener Klasse einsetzt, die seinerzeit die Werdwaffen geklopft hat.

### Ueber die Verschleppung Jostan Ronahs sprach der deutsch-ungarische Sozialdemokrat Abgeordneter Mayer.

Während die österreichische und die deutsche Regierung das Begehren der ungarischen Regierung nach der Auslieferung ungarischer Emigranten abgelehnt hat, hat die tschechische Regierung, die doch immer erklärt, daß sie der Horthy-Regierung nichts glaube, sich nicht erblassen, den sozialdemokratischen Journalisten Dr. Jostan Ronah zu verhaften und auszuliefern. Wir stellen uns der Regierung und vor allem an das Justizministerium die Forderung, daß sie sofort alle Maßnahmen zur Freilassung Ronahs treffe. Wenn es in der Slowakei weiter so wie bisher geht, dann wird man in den europäischen Parlamenten bald nicht nur von einem Horthy-Terror, sondern auch von einem Mura-Terror sprechen. Denn der Urheber aller der Ausweisungen in der Slowakei ist Minister Mura selbst.

Der Redner beschäftigte sich dann mit den trostlosen Verhältnissen, die in der Slowakei auf dem Gebiete der Sozialpolitik herrschen. Mit scharfen Worten geißelte der Redner die beispiellos traurigen Verhältnisse, in welchen die arbeitende Bevölkerung der Slowakei lebt. Aber mit ebenso beißender Ironie, mit einem schlagfertigen Witz, dessen Wirkung sich die Parteien nicht entziehen konnten, übte die Kritik an der tragikomischen Verfolgungswut, welche die slowakischen Behörden an dem Proletariat auslassen.

Abg. Netolický (tschech. Nat.-Soz.) setzt sich vor allem für die Erziehung des Nachwuchses des Gewerbestandes ein.

Abg. Kraus (d. Agr.) spricht über die Ungerechtigkeiten in den Steuervorschriften. Er appelliert an den Handelsminister, vollste Objektivität bei Staatsbestellungen gegenüber der Industrie walten zu lassen und setzt sich für eine restlose Einlösung der Kriegsanleihe ein, fordert eine Erhöhung des Budgetpostens für den Gewerbestand und die Durchführung der Altersversicherung.

Nach der Rede des slowakischen Sozialdemokraten Becko kam — nach 10 Uhr abends —

### Abgeordneter Palme

zu Worte. Er sprach zu dem Kapitel „Uebergangswirtschaft“ und dann über die Unterhaltsträge, für welche im Budget viel zu wenig eingestellt ist. Wir fordern die Schaffung eines Gesetzes, das erhöhte Unterhaltsbeiträge festsetzt. Die Unterhaltsansuchen werden schlecht erledigt, die politischen Behörden zahlen in vielen Fällen die Unterhaltsbeiträge nicht aus. Für die Arbeitslosenfürsorge sind um 25 Millionen weniger eingestellt als im Vorjahre. Die Saisonarbeiter haben bis heute keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, in einer ganzen Reihe von Orten werden die Arbeitslosen von den politischen Behörden verstoßen. — Auch für das Handelsministerium ist im Budget zu wenig eingestellt. Die Auffassung des Außenhandelsamtes ist zu bestrafen, ebenso die Reform der Handels- und Gewerbestammern. Wir fordern die Schaffung von Anstellungen und Arbeiterkammern. Weiter fordern wir volles Kooperationsrecht für die Post- und Telegraphenbeamten und die Errichtung neuer Postämter. Zum Schluß sprach Redner noch über die Verschleppung und sagte, daß der Staat erst dann auf den Erfolg seiner Anleihen rechnen könne, wenn die Kriegsanleihe vollste Einlösung findet.

Nach Schluß der Rede Palmes gegen 11 Uhr nachts stehen noch auf der Rednerliste die Abgeordneten Pšaho (tschech. Agr.) und Duldig (deutsch. Christl.-Soz.).

### Senat.

Das Gesetz, betreffend die Rückerstattung der in Frankreich erbeuteten Maschinen.

Gestern nachmittags hielt der Senat wieder eine kurze Sitzung ab. Von den zur Verhandlung gelangten Punkten ist nur der Regierungsentwurf, durch welchen die Pflicht zur Rückerstattung der während des Krieges in Frankreich geraubten Sachgüter statuiert wird, erwähnenswert. Bei diesem Gesetzentwurf handelt es sich vor allem um die von Frankreich erbeuteten Spinnmaschinen, die später von einzelnen Fabrikanten in der Tschechoslowakei gekauft und in ihren Betrieben eingestellt wurden. Die jetzt verlangte Rückerstattung dieser Maschinen an Frankreich würde ganze Betriebe stilllegen und die Arbeitslosigkeit um ein bedeutendes vermehren.

Bei der Verhandlung dieses Gesetzentwurfes stellte sich Senator Genosse Pink entschieden gegen das Gesetz. Er erklärte, daß er und seine Partei den Raub dieser Maschinen selbstverständlich verurteilen, aber was damals die deutschen Truppen getan haben, sei auch durch die Truppen aller übrigen Kriegführenden Staaten verübt worden. Jetzt verlangt man die Herausgabe dieser Maschinen, wogegen wir uns wenden müssen. Es handelt sich da um eine Lebensfrage vieler Arbeiter, da insgesamt 350 Maschinen in Betracht kommen, aber die Zahl der von diesen Maschinen abhängigen Arbeiter ist bei weitem größer. Die Ablieferung dieser Maschinen würde die Arbeitslosigkeit bedeutend steigern. Nach dem Friedensvertrag ist es möglich, die Bestimmungen so durchzuführen, daß dabei nicht eine Stilllegung der Betriebe erfolgt. Das Handelsministerium hätte vor Einbringung des Gesetzes die Sache gründlich vorbereiten müssen, denn vielleicht benötigt man die Maschinen in Frankreich gar nicht mehr und es wäre wohl auch möglich, die Verhandlungen auf der Grundlage zu führen, daß an Stelle der Maschinen eine Geldentschädigung erfolgt. Der Redner beantragte folgende Resolution: Die Regierung wird aufgefordert, bei dem über die Herausgabe der Gegenstände mit den Regierungen der fremden Staaten zu führenden Verhandlungen von den Reichsrat nach dem Friedensvertrag (Artikel 207 lit. f. 3 Absatz des Friedensvertrages von Versailles) eingeräumten Rechte an Stelle des entzogenen Gutes einen Ersatz zu leisten, in weitestem Umfang Gebrauch zu machen.

Es sprach dann noch Senator Dr. Spiegl, der erklärte, daß er die Sache nicht für dringlich halte und darum auch nicht die Vorlage. Wenn man von Vertragstreue spreche, so sollte man die Vertragstreue vor allem damit betätigen, daß die Regierung die Falsifizierung der Friedensverträge veranlaßt. Man spricht von der Erfüllung der Friedensverträge bis auf den „letzten Buchstaben“, aber der Wortlaut des Friedensvertrages von Trianon, des Runderheitschutzvertrages und der anderen Verträge ist uns nicht bekannt. Wie sollen diese Verträge dann bis zum „letzten Buchstaben“ erfüllt werden? Redner erklärt, daß er die Vorlage für ein Unrecht halte und daß seine Parteigenossen daher dagegen stimmen werden.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage mit den Stimmen der tschechischen Koalitionsparteien gegen jene der deutschen Sozialdemokraten und der Deutschbürgerlichen ange-

nommen. Die Resolution Pink wurde abgelehnt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 29. November, 17 Uhr.

### Inland.

Die Verhaftung des Genossen Ronay. Die Gründe der Verhaftung des Redakteurs unseres Preßburger Parteiblattes Jozan Ronay sind noch immer in Dunkel gehüllt. Als unserer Redaktion vorgestern nachts die Mitteilung von der Verhaftung Ronays zuzum. veranlaßten wir sofort, daß Senator Genosse Niehner als Vertreter unserer Partei nachts beim Ministerium des Innern interveniere, da die Befürchtung vorlag, daß Ronay nach Ungarn ausgeliefert werden könnte. Durch das Ministerium des Innern wurde uns die Versicherung zuteil, daß von einer Auslieferung Ronays unmittelbar keine Rede sein könne und daß eine Auslieferung höchstens nach durchgeführtem Gerichtsverfahren vom Gericht beschlossen werden müßte. Auch gestern intervenierten unsere Genossen bei den zuständigen Stellen, wo sie in Erfahrung brachten, daß die Verhaftung über Veranlassung des Justizministeriums erfolgte. Allen Anzeichen nach dürfte die Verhaftung über Veranlassung der Horthyregierung erfolgt sein, wobei die Wünsche Horthys und des Herrn Nicura einander begegnet haben dürften. Daß sich die tschechoslowakische Regierung zum Vollstrecker der Wünsche Horthys hergibt, ist schon mehr als erstaunlich!

Individuelle Zulagen im Heeresdienst. Wie das Abendblatt der „Prager Presse“ zu berichten weiß, sollen Kommandanten der höheren militärischen Einheiten oder Vorstände von Zerktonen im Ministerium für Nationalverteidigung, die noch nicht die Bezüge jener Rangklasse beziehen, welche für die betreffende Stelle systematisiert sind, eine individuell zu bestimmende Remuneration oder eine besondere Zulage erhalten. Eine allgemeine einheitliche Zulage wird diesen Beamten jedoch nicht gewährt werden. — Es ist für uns nicht ohne Interesse, zu erfahren, nach welchen Gesichtspunkten diese individuell zu bestimmenden Remunerationen zur Verteilung gelangen und ob durch diese neuen Zulagen nicht das Budget, das eben in Verhandlung steht, schon überschritten wird. Vielleicht könnte sich Herr Udrizl dazu äußern.

Eine interessante Karriere. Im Reichsverratsprozeß gegen Bela Rudnay und Jure Distas sprachen die Angeklagten von einem gewissen Detektiv Dufes, der früher angeblich Terrorist in Ungarn gewesen war und die Häftlinge mit einer Peitsche zu misshandeln pflegte. Herr Dufes, der heute Detektiv in der bewährtesten Propaganda-Kanzlei ist, war vor nicht gar so langer Zeit in Reuhausl Agitor, wo er am wütesten auf die sozialverräterischen Sozialdemokraten schimpfte und für die Ideen der dritten Internationale Propaganda machte. Aus der Propaganda-Kanzlei der dritten Internationale kam er dann in die Propaganda-Kanzlei der — slowakischen Chyvana.

Das Bodennamt und die Sprachenfrage. Das staatliche Bodennamt verlangt von den deutschen Gemeinden die Bestätigung der Verlautbarung seiner Kundmachungen in deutscher und tschechischer Sprache. Das Sprachengesetz enthält keine Bestimmung, welche die Gemeinden verhalten würde, die Erledigung in tschechischer Sprache zu vollziehen. Es handelt sich also

wieder um einen sprachlichen Verstoß des staatlichen Bodennamtes. Nach § 29 des Gesetzes vom 30. Jänner 1920, Zlg. Nr. 81, ist über die beabsichtigte Durchführung der Bodenzuteilung in geeigneter Weise in allgemeine Kenntnis zu bringen und es ist auch gehörig kundzumachen, wann und wo die Gesuche um Bodenzuteilung einzubringen sind. Die näheren Bestimmungen in diesen Angelegenheiten sind durch Verordnungen zu erlassen. Tatsächlich hat man aber im staatlichen Bodennamt bisher ganz darauf vergessen, die Verordnung über die Verlautbarungen in Sachen der Bodenzuteilung zu erlassen. Das ganze Verfahren bei der Bodenzuteilung leidet also an wesentlichen Mängeln, die die Bodenzuteilung selbst mit unheilbarer Nichtigkeit befallen. Daran wird auch nichts geändert, wenn das staatliche Bodennamt durch Weisungen, die nicht in verfassungsmäßiger Form veranlaßt werden, die Gemeinden nötigen will, den Anschlag von Kundmachungen in tschechischer Sprache zu bekräftigen.

Eine Tartaranachricht. Das gestrige Abendblatt der „Tribuna“, die sich doch sonst nicht immer unorientiert erweisen hat, bringt die Nachricht, daß 9000 Männer und Jünglinge, die bei der Mobilisierung einrücken sollten, nach Deutschland geflüchtet sind. Das Blatt schreibt: „Die Einrückung der Deutschen bei der Mobilisierung war nicht gleichartig. Während sie in einigen Kreisen, zum Beispiel in Südmähren, ihre Wehrpflicht sehr gut erfüllt haben, haben insbesondere die nordböhmischen und nordmährischen Grenzbezirke durch Agitation einiger deutscher Abgeordneter üble Erfolge gezeigt. Es kam dort zu antistaatlichen Kundgebungen und viele Deutsche, die einrücken sollten, flohen nach Deutschland. Nach den bisherigen Untersuchungen beträgt die Zahl der Willkürflüchtlinge etwa 9000.“ Diese Meldung der „Tribuna“ scheint uns, trotzdem wir ja begreifen, daß man vor einem neuen drohenden Krieg flüchten kann, vollkommen übertrieben, und in einem Augenblick, in welchem sich die Militärjahre dieses Staates dazu rüsten, hunderte Jahre Arterkrafen auszupeilen, peinlich tendenziös.

Würden die Tschechen Karl Habsburg ausheften? Diese Frage, die begreiflich sehr an des Eingefühl der Tschechen rührt, beschäftigt die tschechische Presse. „Ceskoslov. Republika“ schreibt: „Wieder die Rücksicht der magnatischen Regierung an dem Butsch Karls kann kein Zweifel bestehen. Die Enthüllungen des gewesenen Ministers Dr. Gray über die Mitwisserschaft Horthys und Bethens an der Pläne Karl Habsburgs sind nur der Zahnstichstein in der Reihe der vorhandenen Beweise. Mit der Feststellung der Schuld hängt auch die Liquidierung des Verbrechens zusammen. Die Völkervertragskonferenz hat erklärt, die Entwaffnung Ungarns werde bis zum Ende durchgeführt werden. Für uns sind die magyarischen Rüstungen das, was für Frankreich die Zustände in Deutschland sind, von denen Briand in Washington so überzeugend gesprochen hat. Nur können wir nicht, wie Briand für Deutschland, für Magyaren die Hoffnung auf den Sieg der Demokratie hegen, und wohl niemand vermöchte den Grafen Bethen als einen Mann guten Willens bezeichnen, wie Briand den Kanzler Dr. Wirth bezeichnet hat. Einen Teil der Liquidierung bildet die Apanagefrage. Es wurde der Gedanke aufgeworfen, daß die Nachfolgestaaten dazu beitragen sollen. Für uns ist die Beantwortung

dieser Frage durch die Tatsache gegeben, daß Karl Habsburg nicht von Rechts wegen unser Herrscher war, da er ebensovienig wie seine Vorgänger die Bedingungen des Vertrages zwischen Herrscher und Volk erfüllte, sondern er war bloß ein Herrscher aus Gründen der Macht, ein Usurpator. Wir sind ihm gegenüber durch nichts gebunden. Wenn dem Habsburger sein Privatvermögen und das seines Hauses nicht genügt, dann ist Magyaren da, das ihn nur gezwungen preisgegeben hat. Die Ritterlichkeit, auf die sich die feudalen Herren Magyars so oft berufen, sollte ihnen gebieten, die Welt über diese Frage nicht allzulange diskutieren zu lassen.“ — Die „Tribuna“ erklärt: Die tschechoslowakische Regierung gedenkt für den Verbannten auf Madeira auch nicht einen Heller auszugeben, denn die Republik hat durch die Mobilisierung, zu der sie durch das magyarische Abenteuer genötigt wurde, einen bedeutenden Schaden erlitten. Außerdem ist die Zahlung einer Apanage eine Preisfrage aller jener Staaten, deren Bevölkerung in Karl nur einen aufgenötigten Herrscher sah. Wie das Blatt erzählt, handelt es sich darum, daß die Apanage aus dem Reparationsfonds der Nachfolgestaaten gedeckt werden soll.

### Unsere Bildungsarbeit.

Die Zentralstelle für das Bildungswesen unserer Partei ist bestrebt, das Arbeiterbildungswesen in diesem Staate zu beleben, zu organisieren und zu reformieren. Durch Abhaltung von Vorträgen über alle Wissensgebiete, vor allem die sozialistischen, von Schulen und Fortbildungskursen, Ausgestaltung der Arbeiterbüchereien, Anregung der Arbeiter zum Lesen, Lichtbildvorträge und durch Veranstaltung von Festen, proletarischen Festen und Kunstabenden, Gedicht- und Diastereatern, wollen wir die geistige Befreiung des Proletariats fördern.

### Proletarische Kunstabende.

Wie oft haben wir schon festgestellt, daß die meisten Arbeiterfeste keine Arbeiterfeste sind, daß sie sich von anderen Vergnügungen nur dadurch unterscheiden, daß eben statt des „Vergnügungsprogrammes“ oder eines bürgerlichen Vereines die „Sozialorganisation“ der Partei zu dem „Feste“ einlädt. Eine wichtige Aufgabe der Zentralstelle und aller Parteiorganisationen und Bildungsausschüsse ist es, diesen Gebieten unsere Bildungsarbeit ihr Augenmerk zuzuwenden. Unsere Feste müssen zeigen, daß es Feste von Sozialisten sind, Menschen, die die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und die volkverdrummende und geistlose kapitalistische Vergnügungsindustrie hassen. Wir müssen uns einen Anteil an der Kunst erobern. Gesang, Musik, Rezitation von künstlerischer Qualität müssen unseren Festen den Inhalt geben.

Die Zentralstelle für das Bildungswesen ist bemüht, den Organisationen auf diesem Gebiete richtunggebend voranzuführen. Ein Anfang wurde gemacht durch Veranstaltung der Vortragsstour Dr. Bergauer — Dr. Bisk, „Humor und Satire in Wort und Lied“, in einer ganzen Anzahl Organisationen haben die beiden Wiener Künstler zwar unterhaltende, aber künstlerische Vorträge gebracht. Die Zentralstelle schlägt jetzt allen Organisationen die Abhaltung von Proletarischen Kunstabenden vor. Wiener Künstler haben sich bereit erklärt, im Rahmen solcher Abende mitzuwirken. Möglich ist die Veranstaltung von Goethe-, Beethoven-Abenden, deutschen Lieder-Abenden, Richard Wagner-Abenden, Rezitations-Abenden. Kurze

### Fenilleton.

### Die Hanna.

Von F. J. David.

„Weil — ich hab' mich nun schon so lang geputzt, ich könnt' einmal mit dir nach Wien. Nur auf ein paar Tage, Florian!“  
„Das wollen wir doch Hanna. Und man wird die Ehren erweisen genug.“  
„Wir Ehren? Einer, die man so gemalt hat. Ehren? Und müßt' ich nicht verzeihen vor Scham vor jedem, von dem ich mir denk, er hat mich so gesehen?“  
„Aber, Hanna, ich biit' dich! Wer wird sich so quälen?“  
„Ich bin dumm. Weiß ich. Zu dumm für dich.“ Und ich merk', es kommt ihr ein neuer Gedanke. „Und was wird hernach mit mir?“  
„Hernach? Kann sein, es gefällt einem das Bild so, daß er es kauft, und er gibt uns ein Stück Geld dafür so groß, daß man den schönsten Bauernhof darum kauft.“  
„Und du möchtest mich hergeben, Florian?“  
„Ja, warum denn nicht?“  
„Einen fremden Mannsbild? Damit er's in sein Zimmer hängt, in welches es ihm paßt und mich ansieht, wenn und wie es ihm beliebt?“  
„Das kann dir vollkommen gleichgültig sein, laß' ich.“  
„Es ist mir's aber nicht. Als müßt' ich das immer spüren, so ist's mir.“  
„Hanna!“

„Es steht aber auch etwas im Katechismus“, meint sie sehr ernsthaft. „Und sogar von den Gedanken, mit denen man einen ansieht.“  
„Im Katechismus? So laß' es drinnen und hilf mir.“  
„Florian!“ bettete sie. „Florian, schick mir das Bild nicht weg.“  
„Ach was!“ Und ich denk' mir, im Guten wird das nichts, ich muß wohl ernst machen! „Das ist dummes Zeug. Und ich mag darum nicht meine ganze Zukunft aufs Spiel setzen.“  
„Es ist uns auch so gut gegangen, Florian! Und sehr gern haben wir einander gehabt!“  
„Werden wir wieder, Hanna! Bis du ruhiger geworden bist.“  
Sie zweifelt: „Könntest du? Könntest du wirklich?“  
„Es ist etwas Grausames in jedem Menschen und ganz und gar in jedem Künstler. Und das rührt sich in mir und verstockt mich, obwohl ich sehr, wie sie leidet. Und ich nehme das Bild, wie es ist, im Bildrahmen und heb' es vorsichtig und tu' es ohne Antwort in die Kiste.“  
„Sie spricht nichts mehr. Sie hilft mit. Sie schlägt selber die Nägel ein. Gott allein weiß und soll mir's verzeihen, mit welchen Gedanken. Sie malt in ihrer großen, steifen Druckschrift die Adresse. Das hat sie immer gern getan, sich wohl allerhand dabei gedacht und geglaubt, sie macht sich nützlich. Am Morgen wird der Frachter kommen, und das Bild wird fort.“  
„Mit nichts hat sie sich verraten. Wir sind schlafen gegangen, wie sonst. Sie hat nicht ge-

meint in der Nacht und nur nicht geschlafen. Denn einmal bin ich wach geworden vor einem innerlichen Glücksgefühl, so als stünd' ich vor dem Eingang zu etwas Seltsam, und da liegt sie mit offenen Augen, und ich streich' ihr darüber, damit sie die zutut, weißt du, und ich fühle an meiner Hand den warmen Hauch von ihrem Mund.“  
„Sehr früh steht sie auf und huscht durch das Zimmer. Das spürt man so im halben Schlaf, aber man denkt sich nichts dabei, denn man ist das gewöhnt alle Tage. Barfuß, damit sie mich nicht stört, ist sie durch die Stube und den weiten Weg zum Klau. Hat sie das die Nacht nicht schlafen lassen? Oder ist es nur plötzlich über sie gekommen? Wer weiß es?“  
„In Mittag haben sie sie gefunden. Unter den drei Weiden. Der Spiz ist dabei gesessen und hat gehult, unablässig. Und, sagen sie, sie ist erschrocken, wie sie im Tiefen war, und hat sich retten wollen. Aber ihr Haar, das so sehr reich war, hat sich an den Wurzeln verfangen, und also ist sie endlich ertrunken.“  
Seine Stimme brach. Der Spiz schub' ein schles Gewinsel. Peteriska aber fuhr mit aller Anstrengung fort:  
„Ich habe mein totes Weid nicht mehr gesehen. Denn ich bin in Dhumayr hingerichtet, wie man gestürzt gekommen ist und man mir das erzählt hat, und bin lang ohne jede Hoffnung und in einem großen Fieber gelegen. Und wie ich zu mir kam, so ist sie längst begraben gewesen, und es war voller Sommer.“

„An den Feldern liegt sie. Dann der Herr Pfarrer war nicht zu erbitten, und ich soll das so in meinen lichten Augenbilden und in meinen irren Reden immer befohlen haben, und sie haben sich danach gerichtet. Dann es ist ja, wie an der Kirchhofwauer. Das Korn wogt um sie, und es blühen die bunten Blumen.“  
„Das Bild aber ist nicht fort, weil niemand gewußt hat, was denn damit soll. Und so steht bis heute noch immer in meiner Stube, und meine beste Arbeit ist darin. Ich hab' sie mit feinem Auge mehr gesehen, und ich weiß nicht, wann ich einmal stark genug sein werde dafür.“  
„Und dann hab' ich mich gewöhnt und hab' langsam wieder an zu malen angefangen. Und ich hab' die Verpflichtung in mir gefühlt, einmal etwas ganz Großes und Eigenes zu leisten. Denn um mich und meine Kunst ist ein großes und ein sehr kostbares Bauwerk gebracht worden.“  
„Nämlich, einmal und sogar noch im Christentum haben sie bei uns und überhaupt bei allen Slawen geglaubt, soll ein großer Bau gelingen, so muß in den Grundstein etwas Lebendiges mitvermauert werden.“  
„Das ist bei mir geschehen. Verstehst du? Und wenn sie mich heute rühmen und sie machen ein Wesen mit mir, und wie ich die Hanna und ihre Seele verstehe, so ist mir das ganz gleich. Denn ich weiß: die Seele der Hanna ist in mir und schaffst aus mir, und ich mag darum nichts Lebendiges mehr malen.“  
„Und ich bin kein Landkünstler, wie sie meinen. Und wenn sie finden, ich bin einönig,

Einleitungsberichte wollen die Abende besprechen. Dann folgen Musikstücke, Lieder und Rezitationen, die uns bekannt machen mit den Werken der Meister.

Eine wichtige Rolle sollen unsere Arbeitergesangvereine bei diesen Kunstabenden spielen. Das Wirken unserer Sängerschaft kann eine kulturelle Aufgabe, ein wichtiges Bildungsmittel werden, wenn wir es mit in den Dienst des proletarischen Bildungswesens stellen. Statt der leichten Couplets und Operetten sollen die Gesangsvereine Volkslieder, Arbeiterchöre, solche von Richard Wagner, Arbeiterchöre den Arbeitern darbieten. Diese Veranstaltungen haben vor Selbstzweck zu finden, Rauchen und Trinken darf es während der Vorträge nicht geben. Das Proletariat, das den Sozialismus erkämpfen will, muß sich auch eine sozialistische Kultur erkämpfen, muß sich die Kunst erschließen. Warum sollen wir der Bourgeoisie, der wir in mühsamen Kämpfen Stück für Stück politische und wirtschaftliche Macht abtragen, die doch so leicht erreichbaren Kunstgüter überlassen? Unser die Welt — unser die Kunst!

Unsere Bibliotheken.

Wir konnten und können heute noch beobachten, daß manche Arbeiterbibliotheken und manche Gemeindebibliotheken, in denen unsere Genossen Einfluß haben, die Büchererkäufe durch private oder gar nationale Buchhandlungen besorgen. Manche Gemeindebibliothek deckt ihren Bedarf noch in der leistungsfähigeren Buchereigenossenschaft, einem bekannten nationalistischen Unternehmen, das mit der Bildung Geschäfte machen will und vor allem eine Beeinflussung der Leser in nationalem Sinne versucht. Und es bestehen doch unsere Arbeiter-Buchhandlungen, wo gute Bücher zu günstigeren Bedingungen zu haben sind.

Unsere Bibliothekare wissen sich oft nicht Rat, die Einrichtung der Bibliothek ist vielfach falsch und schlecht. Oft steht Schund neben Gutem und manche Büchererei ist nach Systemen eingerichtet, wo Menschen-Nummern, wo Bücher-Nummern sind. Und doch haben wir ein System für Arbeiterbibliotheken geschaffen für unsere Bedürfnisse. Es konnte lange Zeit keine Beratung der Bibliothekare erfolgen. Aber war nicht eine Zeitschrift vorhanden, die sich besonders auch mit Büchererfragen beschäftigt, die "Bildungsarbeit"? Und jetzt haben wir die Zentralstelle für Bildungswesen, an die sich die Genossen Bibliothekare um Rat und Vorschläge wenden können, die bereit ist, die Bücherkataloge auf die Wertigkeit der Bücher zu überprüfen.

Tages-Neuigkeiten.

Die Nichtachtung der Rechte der Soldaten durch die Offiziere ist der Gegenstand einer Interpellation der Abgeordneten Genossen Jockl, Heeger, Hänsler und Genossen an den Minister für nationale Verteidigung. Die Interpellation behandelt zunächst die Zustände beim 48. Infanterieregiment in Benešau, mit denen wir uns schon beschäftigt haben. Dann wird folgender Vorfall bei der 10. Feldkompanie des Inf. Reg. Nr. 34 in Truppen besprochen: Bei der Lohnungsverteilung am 16. d. M. rief bei der Verteilung der Namen der Soldat Franz S. "hier". Der Hauptmann und Kompaniekommandant Eugen Kramer, früher ebenso vertrieben deutschnational wie jetzt tschechischnational, schickte ihn zurück und rief wieder seinen Namen. Der Soldat rief wieder "hier" und sagte, zur Rede gestellt: "Herr Hauptmann, ich bin ein Deutscher." Kramer ließ den Soldaten

vom Fleck weg in den Arrest setzen. Bei dem am nächsten Tage stattgefundenen Rapport hat der Soldat am Vorführung zum Pataillonsrapport. Der Hauptmann verteidigte ihm kategorisch die Erfüllung seiner Bitte, diktierte ihm aber dafür weitere sieben Tage strengen Arrest und an jedem zweiten Tag einen Fasttag. — Auch in der Garnison Olmütz wurde der Mannschaft erklärt, daß jeder Soldat, der sich mit "hier" statt mit "ja" meldet, zu acht Tagen Arrest verurteilt werde. Allen Anschein nach liegt eine Weisung der Zentralmilitärbehörde vor, daß so vorzugehen ist. Die Interpellanten fragen den Minister für nationale Verteidigung, ob er geneigt ist, die angeführten Fälle untersuchen zu lassen und die vorgekommenen Uebergriffe zurückzuweisen, an die angeführten Truppenkörper die Weisung ergehen zu lassen, daß das Recht der Soldaten auf Gebrauch der Muttersprache unbedingt zu wahren ist und er dafür sorgen will, daß ebensolche der Abschmitt des Dienstreglements, der das Befehlsrecht der Soldaten behandelt, dahin geändert wird, daß jedermann das Recht hat, unter Ausschaltung des sogenannten Dienstweges seine Beschwerden dem Truppenkommandanten unterbreiten kann.

Klerikale Kampfesweise. Der Obmann des Bezirkslehrervereines in St. Joachimstal Genosse Riedl ist seit einigen Wochen der Zielpunkt einer klerikalen Heise, die sich in Schreien und gefährlichen Drohungen äußert. Wie niedrig die Individuen sind, die gegen Genossen Riedl mobilisiert werden, möge dieser eine Brief beweisen, der letzthin Riedl zugegangen ist:

Sehr geehrter Riedl, Bürgermeister bist Du ja keiner, denn Du bist ein Glaubens- und Religionsverderber. Denn willst Du die Schande auch verderben. Wenn Du Dir aber das weißt, bekommst Du eines Abends eine Kugel oder ein Messer hinein. Wer keine Religion hat, der kann hinter dem Abort verenden. Du bist ein Kommunist und Bürgermeister; wenn Du Charakter hättest, wärest Du kein Freigeist.

Wir raten Dir nur im Guten, rüttele nicht an der Religion in der Schule. Ihr Lehrer, Ihr seid alle Freigeister, Ihr werdet noch alle lernen, Ihr Schwächlinge! Wir sagen Dir noch einmal, sobald Du an der Religion in der Schule etwas machst, hast Du am längsten gelebt.

Die Bürger müssen die Steuern zahlen, und sollen sich noch so etwas geflossen lassen.

Also ich sage Dir noch einmal, Du wirst nimmer leben, wir gehen auf Dein Leben. Ich habe Dir nun die Wahrheit gesagt und nun weißt Du alles, Du wirst noch einmal gewarnt, rühre Dich nun nicht mehr! Du bist ein Judas; mit Deinen ganzen Lehrern seid Ihr Gottesfreier. Nach Deinem Leben werden wir trachten.

Dieses Schreiben, das übrigens nicht das erste seiner Art an Genossen Riedl ist, spricht für Bände klerikaler Verhetzung und Umnachtung. Es zeigt scheinbar die Mittel auf, mit welchen die klerikalen Westböhmern mit frommem Augenaufschlag zu kämpfen und zu streiten entschlossen sind: mit Kugeln und Messern.

Errichtung einer deutschen Hebammenlehranstalt. Die ordentliche Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechoslowakischen Republik hat am 27. September 1921 in Karlsbad eine Entscheidung gefaßt, in welcher die Errichtung einer deutschen Hebammenlehranstalt im deutschen Gebiete auf Kosten des Staates verlangt wird. Obwohl die Hebammenot auf dem Lande immer größer wird und die größten gesundheitlichen

Gefahren zeitigt, hat das Ministerium für Gesundheitspflege bisher nichts getan, der ebenso berechtigten wie dringenden Forderung Rechnung zu tragen.

Alle Kriegsbeschädigten werden vom Landesamt für die Kriegsbeschädigtenfürsorge aufgeführt, sofort alle jene Dokumente als Matrizenauszüge, Einkommenbestätigungen, Steuerbescheide etc., die ihnen die Bezirksämter oder das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge abverlangt, einzusenden. Alle, die diese ausständigigen und bereits requirierten Schriftbelege längstens bis zum 10. Dezember d. J. nicht einsenden, werden die bisherigen Unterhaltsbezüge eingestrichelt, haben einen abweislichen Gesuchbescheid zu erwarten. Im Falle, daß die abverlangten Dokumente aus wech immer einem Grunde nicht eingesendet werden können, genügt die einstweilige motivierte Mitteilung an das betreffende Bezirks-, event. Landeskriegsbeschädigtenamt. Es ist im Interesse der Betroffenen, dieser Aufforderung sofort zu entsprechen. Gleichzeitig werden jene Kriegsbeschädigten, die nach Verschollenen Bezüge haben, im Falle der Kenntnis der Adresse des Vermissten, ersucht, dieselbe den genannten Ämtern unverzüglich anzugeben. Infolge gemachter Erfahrungen, daß Gewissenlose durch Verheimlichung zurückgekehrter Angehöriger unrechtmäßig die angewiesenen Beträge auch fernhin bezogen haben, wird kundgemacht, daß jede diesbezügliche Verheimlichung der Rückkehr des Verschollenen strengster Strafe unterliegt. Die unrechtmäßigen Bezüge werden neben dem nachträglich im Rekurswege unaufsichtlich eingetrieben werden. Endlich wird nochmals hervorgehoben, daß alle Besuche in den Kriegsbeschädigtenämtern ausschließlich an Dienstagen und Freitagen erfolgen können, da die Beamten ansonst in ihren prästanten Amtsgeschäften ausgeholfen werden. Alle Besucher, die außer dieser Zeit sich anmelden — namentlich beim Karolinenthaler Landesamt — müssen ausnahmslos abgewiesen werden.

Massenandränge politischer Gefangener. Für die Zustände in Irland sind neben den Gefechten, die hier und da aus irischen Städten gemeldet werden, zwei eben aus Dublin und London eintreffende Nachrichten bezeichnend. Sie lauten: Im Gefängnis von Cullinstown unternahm gestern 40 politische Gefangene einen Ausbruchversuch, nachdem sie zuvor einen Brand gelegt hatten. Bei dem entstandenen Kampfe wurden fünf Gefangene und fünf Wärter verwundet. — 45 politische Gefangene in Kilmoy sind durch einen von ihnen gegrabenen unterirdischen Gang ausgebrochen.

Alkoholverbot in Amerika. In der neuen Welt sind die Massenvergiftungsmittel noch weit mehr verbreitet als bei uns, Morphinum, Opium und Kokain richten dort ungeheure Verwüstungen der Gesundheit an. Nun geht man dort wenigstens dem "Whisky" in seinen verschiedenen Spielarten an den Leib. Präsident Harding hat nämlich eine Bill unterzeichnet, welche die Verwendung alkoholischer Getränke zu ärztlichen Zwecken beschränken soll.

Handel und Theater. Handelsminister Novak empfing in Preßburg die überwiegend aus Deutschen und Ungarn bestehende Delegation der Landesgruppe des Landesverbandes der tschechoslowakischen Fabrikindustriellen für die Slowakei. Der Herr Handelsminister muß eine künstlerisch angehauchte Seele sein, denn

seiner, und seinen Weg hab' ich verfolgt, der immer in der gleichen Richtung, immer aufsteigend ging.

Ich fuhr heim, durch die herandrängende Nacht und heranströmendes Gewitter. Immer in Gedanken. An eine Kiste, die niemals geöffnet werden sollte und das barg, was ein tüchtiger und erster Künstler für sein bestes Werk hielt. An einen Landknecht, der meinte, er könne im Figuralen sein Bestes leisten, er habe es einmal bewiesen und durch ein starkes Erlebnis resigniert; der sich bewußt war, er male eine Seele, wo man ihn um Stimmung und Farbe pries.

War es eine Verwirrung der Begriffe? Oder nur eine neue, tiefere Erkenntnis? Wie eigen: "Und sie hieß auch Santa. Ist das nicht merkwürdig", klang mir's in der Seele nach. Und verschmolz sich hier mannigfaches Erlebnis und eine ganze, große, gesegnete Landschaft, die an sich nichts sein sollte, nur Sinnbild und immer erneuertes Ausdrucks-mittel für ein armes, schamhaftes Geschöpf, das einem Einzigen görnernd, ungerne, aber ganz sich und seinen Reiz offenbarte, ihn nun völlig erfüllte, ihm Dinge offenbarte, die noch niemand vor ihm so vermocht, aus ihm sprach und schuf und die also sehr dem Gau ähnlich, der diesen Künstler geboren, und in ihm, seinen Werken, zuerst ganz und gar jenen Ausdruck fand, der ihm eignete: arm an allem, was blendet, aber Menschen freundlich, sie reichlich nährend und von ihnen geliebt und mit jener Innigkeit umfaßt, die den nimmer läßt, den sie einmal beschliffen hat.

Ende.

er hielt vor den deutschen und ungarischen Industriellen eine schöne Propagandarede für das slowakische Theater. "Vor einigen Minuten war eine Abordnung des hiesigen slowakischen Theaters bei mir", sagte Herr Novak, "das von der Bevölkerung (nämlich von der slowakischen Bevölkerung. Anm. d. Red.), nicht in genügender Weise unterstützt wird. Hier wäre also ein gutes Feld für Sie, sich auch kulturell zu betätigen. Bei der böhmischen und mährischen Industrie hat es sich sehr gut bezahlt gemacht, daß sie, ohne daß man viel darüber gesprochen oder geschrieben hätte, die Kultur und die Wissenschaften unterstützt hat". Die Herren Industriellen haben sich bei dem Handelsminister beschwert, daß ihre Arbeiter bei einem höherem Standard leben, als die Arbeiter Böhmens, Mährens und Schlesiens. Sie werden unbedingt der Aufforderung Folge leisten und das slowakische Theater subventionieren. Sie hoffen, daß sich dies bei der Niederdrückung des angeblich hohen Standards der Arbeiterschaft der Slowakei sehr gut lohnen wird.

Ans Anlaß des Ablebens des Gen. Prof. Mandl trat gestern abends die Prager Bezirksvertretung und der Klub der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Groß-Prags zu einer gemeinsamen außerordentlichen Sitzung zusammen, welche dem Gedenken des Verstorbenen gewidmet war. Der Vorsitzende Genosse D e u t s c h würdigte mit innigen Worten die Verdienste, die sich Mandl um die Prager Parteioorganisationen erworben hat, er gedachte der aufopfernden und rastlosen Tätigkeit des Verstorbenen im Stadtrate und in der Stadtwertung Prags und hob sein vorbildliches Wirken als Arzt und seine Bedeutung als Mensch im besten Sinne des Wortes hervor. Bürgermeister Dr. V a g a hat der Partei und dem Klub unter Betonung der verdienstvollen kommunalen Tätigkeit des Verstorbenen seine Teilnahme zum Ausdruck gebracht.

Die Stadt des Wohnungswunders. In den Städten der Slowakei ist der ungeheure Wohnungswucher allfälliger. Die Bestrafung der Wucherer gehört aber zu den Seltenheiten. Solch ein seltener Fall ereignete sich in Kaschau. Der Wohnungswucherer Buchhalter vermittelte für einen Ingenieur eine Wohnung. Der Ingenieur mußte dem Agenten 2000 K als Abtrittsgeld, dem früheren Mieter 10.000 K, dem Hauseigentümer ebenfalls 10.000 K zahlen. Für dieses plägende Geschäft bekam der Agent vom Verleiher drei Monate Gefängnis und 10.000 K Geldstrafe, der Hauseigentümer einen Monat Gefängnis und 20.000 K Geldstrafe. Solche Vermittlungsgeschäfte sind in Kaschau und den übrigen Städten der Slowakei gang und gäbe. In Kaschau ist die Wohnungsnot so groß, daß unglücklich in Gräben und Leichenwagen Obdachlose entdeckt wurden, die dort Unterkunft suchten und fanden.

Sanktus Mikrotatus. Die Reichshauptbank in Berlin hat an ein Berliner Bankhaus einen Brief gerichtet, der beweist, daß den Beamten in der Republik der Pops noch ebenso hinten hängt wie in den Tagen des Friederikus reg. Man höre:

Berlin, den 27. 9. 1921.

Die Ihnen unter dem 26. 9. 21 zugeschriebenen Nr. 1101.061 für Rechnung . . . in . . . sollen nach einer uns heute zugegangenen Mitteilung für Sie nur mit Nr. 1101.60 (Dff. Nr. 0.01) bestimmt sein. — Wir ersuchen Sie daher ergebens, uns baldmöglichst einen roten Scheck über Nr. 0.01 (einen Pfennig) zu unferen Gunsten übersenden zu wollen und danken im voraus für umgehende Erledigung der Angelegenheit. Den Scheck bitten wir bei der Stelle für Ermittlungen abgeben zu lassen.

Girolonto der Reichshauptbank.

Zwei Unterschriften.

Um diesen Pfennig einzutreiben, müssen Tausende von Pfennigen Kosten gemacht werden.

Die tschechische Kriegsschule wurde am 16. November in der ehemaligen Landwehrkaserne in Pohořelitz eröffnet. Sie steht unter dem Kommando des französischen Oberstleutnants J a m e t. Auch der Lehrkörper ist zum größten Teil aus Franzosen zusammengesetzt. Die Schule zählt bis jetzt 80 Frequentanten. Bei der vom General Mittelhäuser vorgenommenen Eröffnung sprach auch der Minister für Nationalverteidigung U d r a l. Er wies in "lerniger Rede" auf die Bedeutung der Kriegsschule hin. In Anbetracht der ungünstigen Grenzgestaltung der Tschechoslowakei und der Kleinheit der tschechischen Nation müsse die hohe Qualität der Leistungen der Kriegsschule als Erfolg dienen. Der Leiter der Schule beklagte die "jüngste Schwester" der Pariser Kriegsschule. Wie immer und überall war auch der Kriegsgedichts-inspektor M a c h a r am Plage erschienen. Und nun ist einem notwendig gewordenen Bedürfnis abgeholfen: Endlich haben wir eine Kriegsschule!

Eisenbahnjahreskarten auf Abzahlung. Das Eisenbahnministerium hat auch für das Jahr 1922 den Mitgliedern der Union der Geschäftsreisenden und Retirer in Prag II, Baelavské 13, die Abzahlung der Eisenbahnjahreskarten in Quartalsraten bewilligt. Ein Verzeichnis der Reflektanten muß bis 15. Dezember l. J. dem Ministerium vorgelegt werden. Später sich Meldende werden nicht beachtet. Informationen er-

so muß ich nur lachen. Denn ich mal' sie und immer nur sie, und ich kann sie gar nicht ausschöpfen.

"Da sieht man zum Beispiel die drei Weiben. Und das Wasser ist sehr finster vor ihrem Schatten und ohne Regung, und unter seinem Spiegel ahnt man etwas und kann es nur nicht erkennen.

"Oder, da ist ein weiter Himmel gespannt. Und Wolken schieben sich daran zu Haufen. Und eine Sonne dringt vor, und ihre Strahlen iren zwischen Himmel und Erde, und es ist wie eine ungewisse Fröhlichkeit. Nämlich, das war sie, wenn sie ihr schüchternes und schamhaftes Lächeln gebahlt hat.

"Oder, es ist ein heißer Tag. Und die Aehren neigen sich wie voll Schnulucht zur Erde, weil der Regen zu schwer wird für sie und wenn man recht schwer hinhört, so glaubt man, man hört die Aehren rieseln, die überreife sind und zur Erde fallen. Das war sie, wieder sie wie sie sich mir gegeben hat, ganz aus sich und weil sie nicht mehr anders gelohnt hat, als sich verichtenen.

"Oder, es ist Regensstimmung. Und man fühlt, wie Fruchtbarkeit und Erquickung niedertropfte, und alles ersehnt sie und lebt auf. Nur den Sturm, vor dem sich die Bäume biegen, nur ein Gewitter malen kann ich nicht. Denn ergrünt, weicht bu, hab' ich sie niemals gesehen". Er schlug in einem plötzlichen Ausbruch beide Hände vors Gesicht. Es rieselte vor, und ein Prampf schüttelte ihn.

Das wäre eine Weise, in der ich ergriffen schwieg. Er aber erhob sich stracks. "Und so bin ich hergekommen", sprach er abgewandt. "Weil ich müd bin vom Einerlei und vom

ewigen Denken an eine tote. Und ich möchte frischere Farben greifen.

"Und jetzt weißt du, was ich kann und warum ich's kann. Ganz ohne Suchen; und weil es in mir lebt, wie in einem wilden Vogel sein Lied oder in unserer Ebene der rastlose Trieb, nachdem sie sich immer gleich, zu ihrer Zeit begrüßt.

"Und du wirst verstehen, wenn ich dir sage: ich wäre noch in den Jahren. Aber ich darf mich nicht mehr beweiden und muß einsam bleiben, denn ich weiß nicht, ob sie eine andere dulden möchte neben sich. Und mir wird das oft schwer, und ich weiß, das ist ein hartes Los und man soll mit sich allein abmachen, was einem zutrifft, was einen freut und was einen bedrückt. Und ich bin garnicht dazu. Aber das läßt sich nicht mehr anders machen".

Es war Abend geworden. Er schien uns hell und glühend in die Stube und mahnte mich zum Ausbruch. Noch einmal klangen die Gläser. Jenseits der Donau hob sich ein Gewitter. Er wies darauf hin. "Das ist Schiefergrau. Das geht. Und der Strom hat leise, hübsende und tödliche Lichter. Kann man. Und", er deutete nach dem verbrannten Weinlaub, "da ist viel Rot. Macht sich gut. Und die Wolkentränder glücken die gelbe Saubant an, daß sie Leben bekommt, und der Wald sieht schwarz und steif. Kann man paden. Nur das Licht in den Wolken, das judt und gewittern will, geht nicht, noch nicht, und es macht doch eigentlich alles."

Wir schieden. Er samt seinem Spitz gab mir noch das Geleit bis zum Bahnhof. Ich habe ihn seither nicht mehr gesehen. Eine Studie von seiner Hand erinnert mich unablässig

teilt die höher angeführte Draconisation und ihre...

Merkmale einer gefährlichen Räschenstuppe der 50-Kronen-Steuer...

Neuerliche Erhöhung der Postporti.

Am 1. Jänner sollen folgende Postporti in Kraft treten:

- Zur inländischen Verkehr. Briefe bis zu 20 Gramm 100 (früher 60),...

- Zur internationalen Verkehr. Briefe bis zu 20 Gramm 250 (125), für jede weitere 20 Gr. 125 (75),...

Spendenausweis

Zur Sammlungen des Arbeiterausschusses des Hilfsfonds für Rußland.

- (Vom 30. Oktober bis 5. November.) Soz.-dem. pol. Org. Stara Veska 100.-, Bez.-Aussch. d. tsch. Soz. Goltsch. Jenikau 100.-,...

- amtenverb. Reichenberg 30.000.-, Stefan Arnost 29.-, Klub der Gewerkschaftsb. Prag 900.-,...

- Betriebsr. Schlan 777.-, Gr. der Metallarbeiter Wellechin 703.80, Gr. der chemischen Arbeiter...

Amerikas Zukunftspläne. Washington, 23. November. (Reuter.) Die Vereinigten Staaten gedenken im Falle eines...

Die zweite Internationale für die proletarische Einheitsfront. Brüssel, 24. November. (Havas.) Der Vollzugs...

Die Unruhen in Irland. London, 23. November. (Tsch. P.) Die Wälder...

Die Wahlen in Belgien. Brüssel, 24. November. Die neue Kammer wird sich...

Ein angeblicher Tagesbefehl Trotskys. Wien, 24. November. (Ukrainisches Presbüro.)...

Das polnische Sozialistengesetz in erster Lesung angenommen. Warschau, 23. November. (P. T. A.) In der...

Dauerlich des Preussischen Landtages. Berlin, 24. November. (Drahtbericht des 'Sozialdemokrat'.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Beendigung des Wiener Börsenstills. Wien, 23. November. Die Börse...

Kreisgewerkschaftskonferenz in Wandsdorf. Sonntag, den 20. November fand in Rumburg die...

Frankreichs Flottenprogramm. Paris, 23. November. (Havas.) Frankreich verlangt die gleiche Tonnage...

sege. Die Löhne sind sehr gering. Ein Aufsteher bezieht einen Stundenlohn von 1.92 K, ein männlicher Brecharbeiter 2.25 K, ein weiblicher 1.90 K per Stunde. Für 100 Kilogramm gebrochenen Flachses fieden die Flachsbearbeiter eine Summe von 3000 bis 4000 Kronen ein und erzielen Riesengewinne. Die Unternehmerorganisation hat nun den Arbeitern einen Zuschlag von 50 K per 100 Kilogramm angeboten, was jedoch die Arbeiter abgelehnt haben. Daraufhin erklärten die Unternehmer, keine weiteren Verhandlungen mit den Arbeitern mehr führen zu können. In den Sonntagen in Weiskendorf und Montag in Weiskendorf abgehaltenen stark besuchten Versammlungen der Arbeiterschaft wurde nun beschlossen, auf die Provokation der Unternehmer mit dem allgemeinen Streik der Flachsarbeiter zu antworten. Das ist das einzige Mittel, das den unter den fürchterlichsten Verhältnissen lebenden Flachsarbeitern übrig bleibt.

**Schiedsgericht im Bauverberbe.** Aus dem § 13 des sogenannten Bauverberbesetzes vom 11. März 1921 ist zu folgern, daß das Schiedsgericht hauptsächlich für Streitigkeiten zwischen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter errichtet wurde und daß für individuelle Streitigkeiten aus Lohnfragen die Kompetenz der Gewerbegerichte weiter besteht. Die Abgeordneten Hausmann und Schuster haben nun im Abgeordnetenhause beantragt, dem Gesetze eine neue Bestimmung einzufügen, wonach ausdrücklich und klar gesagt wird, daß die Zuständigkeit der Gewerbegerichte durch das Gesetz nicht berührt wird und daß es den einzelnen Arbeitgeber oder Arbeitnehmern

frei steht, nach ihrer Wahl das Gewerbegericht oder das Schiedsgericht anzurufen.  
**Ein Handlungsgehilfenengesetz für die Slowakei.** Genosse Abgeordneter Hirsch hat in Gemeinschaft mit den tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten sowie dem Genossen Witzich einen Antrag eingebracht, wonach das bestehende Gesetz, welches für den Fall der Mobilisierung den Handelsangestellten das Recht auf einen vierwöchentlichen Gehalt gewährleistet, auf die Slowakei und Karpatenrußland ausgedehnt wird.

**Schauspieler als Gewerkschafter.** Wir brachten vor einigen Tagen einen Bericht über den Verbandstag der Bühnengestellten, in dem irrtümlich gesagt wurde, daß sich der Bund der deutschen Bühnengestellten der Reichsbühnengewerkschaftskommission angeschlossen habe. Wir stellen hiermit fest, daß der Bund der deutschen Bühnengestellten dem deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei angehört, dessen Exekutivorgan nicht die Reichsbühnengewerkschaftskommission, sondern selbstverständlich die Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg ist.

**Erhöhung des deutschen Zollzuschlages von 1900 auf 3900 Prozent.** Die interalliierte Kommission genehmigte die Verordnung des deutschen Reichsfinanzministers, der zufolge der Zollzuschlag auf 3900% erhöht wird.

**Der Wert der Krone.** Es kosten: 100 holländ. Gulden 3403, 100 Mark 34.77%, 100 Schweiz. Franken 1803, 100 Lire 386, 100 franz. Franken 675%, 1 Pfund Sterling 382%, 1 Dollar 95%, 100 belg. Franken 656%, 100 Peso 1302%, 100

Dinar 124%, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1.76, 100 poln. Mark 2.97%, 100 ung. Kronen 11.02% tsch. Kronen.

**Für die Grassliger Opfer.**

Zweiter Spendenaufruf.

Ernst Heller, Saaz Kr. 200.—, Soz.-dem. Lokalisation, Libu bei Pilsen 100.—, Jakob Wirtz, Dittzbach bei Dalsb. 70.—, Stadtgemeinde Fischern 500.—, Sparkasse Fischern 500.—, Lambert Brentina, Burslein 100.—, Adolf Goldschald, Haslau 280.—, Lokalisation Tepl 100.—, Abgeordneter Karl Schuster, Karlsbad 50.—, Bezirksorganisation Weipert 100.—, zusammen Kr. 1728.—. Bereits ausgewiesen Kr. 12.676.—, zusammen Kr. 14.404.—.

**Aus Der Partei.**

Aus Spachendorf wird uns geschrieben: Sonntag, den 20. d. M., referierte in Spachendorf in einer Wählerversammlung Genosse Abg. Seeger, der über die parlamentarische Tätigkeit Bericht erstattete. Die Versammlung, die sehr gut besucht war, lauschte mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten, der wiederholt durch Beifallstürme unterbrochen wurde.

**Kunst und Wissen.**

**Soziologie der Kunst.** Die freie Vereinigung sozialistischer Akademiker macht auf den Vortrag des Leipziger Soziologen Karl August Wittfogel aufmerksam, dessen künstlerische Forschungen, verbunden mit der Gabe, seine Zuhörer zu fesseln und mitzureißen durch die Macht seiner Persönlichkeit, ihm nicht nur die Bewunderung des jungen revolutionären Deutsch-

lands, sondern auch die der bürgerlichen Kritik erzwang. — Der Vortrag findet Mittwoch, den 30. November, im großen Uraniaaal statt. Karten zu 2—10 Kr. bei Opfiter Deutsch, Wegler und Urania.

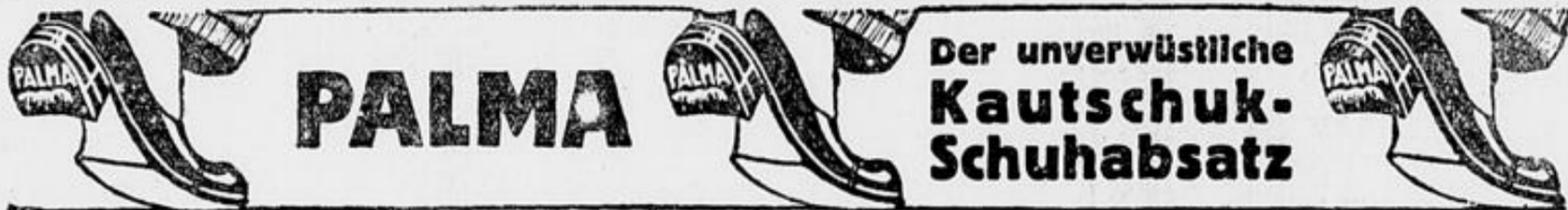
**Neues deutsches Theater.** Heute Freitag, 25., „Tangrafin“; Samstag, 26. nachmittags „Wassenschmied“, abends „Marquis von Keith“, nachts „Der Mann mit der Maske“, Kabarett, „Roter Strich“; Sonntag, 27. nachm., „Vetter aus Dingsda“, abends „Madame Butterfly“.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**„Bio Sandouci.“** Der heutige Tag bringt die Premiere des Gaumontschen Prachtfilmes „Atlantis“, des verfilmten Romans von Pierre Benoit. Eine packende, in der Wirkung sich stetig steigende Erzählung, die in lotharisch verknüpfte Akte gestaltet, sich im Filmrahmen in erstaunlicher Schärfe abspielt. Die Szenenbilder sind von geradezu überwältigender Pracht und bieten mit das Schönste, das bisher im Film erzeugt wurde. Der Film zerfällt in zwei Epochen, von denen die eine in der Hauptphase in der Wüste, die zweite auf der Märcheninsel „Atlantis“ spielt. Diese Woche läuft im Bio Sandouci die erste Epoche, die den Zug zweier französischer Offiziere durch die Wüste und ihre Erlebnisse daselbst schildert. Kartenvorverkauf tagsüber bei Truhlar in der „Aurora“ und beim „Koschitz“, ferner an der Violafasse von 9—20 Uhr ununterbrochen.



**PALMA**

Der unverwüßliche Kautschuk-Schuhabsatz

243

**BIO**  
**LIDO** 366  
 Wegen Beifall der Menge!  
 Erschütterndes Drama aus dem Theater-Milieu. Mit der Dorothea Phillips.

**SVĚTOZOR** 367  
**Rot und Schwarz.**  
 In der Hauptrolle Marie Ponnard. Die Pariser Premiere fand unt. Teilnahme des Präsidenten der französischen Republik statt.

**KING**  
 DER KÖNIG DER WINTERRÖCKE!  
 Vollständiger Ersatz für den teuren Stadtpelz!!!  
 DER KING ist mit einem höchfeinen Stadtpelzüberzug versehen, hat einen echten Shawl-Fellkragen u. als Futter hohen braunen oder schwarzen Wollplüsch, der wärmer u. dauerhafter ist, als Fell, weil er keine Haare lässt.  
 DEN KING erhalten Sie für **Kč 1625.—**  
 ausschliesslich im Konfektionshause **Sigmund Stránský, Prag**  
 HYBERNSKÁ.  
 ALTE PREISE. Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.

**Lesen Sie** bitte unseren neuen, illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 338 über kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen und Herren; Diätetischer Versand in verschlossenem Kuvert ohne Firmenaufdruck gegen 2 Kc in Bar od. Marken. „Novitas“ Versandgeschäft, Aussig a. E.

**KOHLE-KOKS**  
 in plombierten Säcken  
**Svoboda & Finajs**  
 PRAHA, Jungmannova 3.  
 Telephone 553-3514. 333

Reserviert für:  
**MERL & WEISS**  
 FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN  
 PRAG, NARODNI 23a. 141

**GROSSER AUSVERKAUF**  
 rein wollener Stoffe! 362  
 Auf Damenkostüme und Herrenanzüge mit 50% Ermäßigung, anlässlich der Auflösung dieser Abteilung zum Preise von Kc 40.—, 60.—, 80.— und 100.—.

70 cm breiter Planel	Kc 11.—
Barchent von Kc 12.— bis	20.—
50 cm Samt in allen Farben	40.—
78 cm Hamburger Webe prima	11.—
78 cm Frisch-Leinen	12.—
80 cm Chiffon prima	1.—
120 cm Julett	25.—

**Hemden: Herren, Damen**

Planel	32.—	30.—
Kaliko mit Hemdbrust	30.—	
Bischofender	55.—	
Perfit	50.—	
Chiffon Reform	30.—	
Chiffon mit schöner Stickerei	40.—	
Trifot	25.—	32.—

**Mädchen- und Anabenwäsche und Trikotanzüge von Kc 10.— bis Kc 25.—.**

**Herren-Unterhosen:**

blaue Barchent	Kc 28.—
Kaliko (weißer Planel)	40.—
weißer Gradl m. franz. Gürtel	42.—
weißer Gradl m. Hosensband	39.—
Trifot	26.—
Griest, roh, geraucht	30.—

**Damenhosen:**

Planel	Kc 28.—
Barchent	40.—
Trifot	26.—
Barchentunterröcke	45.—
Shürzen von Kc 28.— bis	45.—

**Herrenoberhosen aus Hofenzug und Samt von Kc 75.— bis Kc 100.—.**

**Marx-Kalender für 1922**  
 in schöner, geschmackvoller Ausführung das Stück mit Block zu Kč 2'15, sowie **Adler- u. Seligerkalender** mit Block das Stück zu Kč 2.—, liefert **Photokal, Fabrik phot. Kartons u. Kalender Pankratz & Co., in Neuern, Böhmerwald.** 287

**Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“ und vorzügliche Tafelmargarine „AXA“ den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.**  
**Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín**  
 Půjčovni 2. 269

**Weberei u. Wäschefabrik Otto Raß,**  
 Prag I., Celetná 14, 1. Stock

**Beachtet unsere Inserate!**